©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Taiwan und die Bundesrepublik galten im Kalten Krieg als „antikommunistische Vorposten" des von den Vereinigten Staaten geführten Lagers. Resultierte daraus auch eine enge Partnerschaft? Chiang Kai-shek hätte großen Wert auf eine Intensivierung der Beziehungen zu Westdeutschland gelegt, wobei er nicht zuletzt an eine militärische Kooperation dachte. Ansätze dazu gab es auch, wie Chern Chen, ein Historiker aus Taipeh, zeigen kann: In Taiwan waren deutsche Militärberater tätig, nationalchinesische Offiziere kamen zur Ausbildung in die Bundesrepublik, die Geheimdienste arbeiteten zusammen. Weiter wollte Bonn nicht gehen; Rücksichtnahme auf den Handelspartner Volksrepublik China spielte dabei eine ebenso große Rolle wie die Befürchtung, die eigene Position in der Wiedervereinigungsfrage zu schwächen. Im Zeichen der Entspannungspolitik der siebziger Jahre verlor Taiwan im außenpolitischen Kalkül Bonns sogar noch weiter an Bedeutung.

Chern Chen

Deutsche Militärberater in Taiwan

Die deutsch-nationalchinesischen Beziehungen im Kalten Krieg

Seit Mitte der sechziger Jahre war eine militärische Beratergruppe aus ehemaligen Wehrmachts- und Bundeswehroffizieren in Taiwan tätig. Die deutschen Militärs unterstanden bis 1975 der Aufsicht des Bundesnachrichtendienstes (BND)[1]. Die militärischen Kontakte zwischen Bonn und Taipeh erstreckten sich auch auf eine Ausbildungshilfe, die das Bundesverteidigungsministerium nationalchinesischen Offizieren gewährte. Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China 1972 beendete die Bundesregierung dieses Programm, und drei Jahre später setzte sie den militärischen Tätigkeiten deutscher Berater in Taiwan ein Ende.

Dieses weitgehend unbekannte Kapitel deutsch-chinesischer Zeitgeschichte soll in der folgenden Miszelle auf der Grundlage von Akten aus deutschen und chinesischen Beständen aufgehellt werden. Dabei werden zunächst die deutsch-chinesischen Beziehungen vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Überwechseln der Koumintang-Truppen im Jahr 1949 nach Taiwan geschildert. Danach werden dann die politischen Rahmenbedingungen behandelt, die für die deutsch-chinesischen Beziehungen in den fünfziger und auch noch zu Beginn der sechziger Jahre von Bedeutung waren, ehe schließlich die militärische Kooperation thematisiert und in den größeren Zusammenhang der China-Politik der USA und der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahre eingebettet wird.

[1] Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), N 447/89, Nachlaß Oskar Munzel, von Dufving an Munzel vom 17. 11. 1969.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland und China vor 1949

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg stellte auch für die deutsch-chinesischen Beziehungen eine Zäsur dar. Deutschland verlor seine Stellung als imperiale Großmacht in China, und das Verhältnis zwischen den beiden Staaten wurde 1921 durch den Abschluß eines Friedensvertrages auf eine neue Grundlage gestellt, wobei die Gleichberechtigung der beiden Partner anerkannt wurde[2]. Neuen Auftrieb erhielten die Beziehungen Ende der zwanziger Jahre. Nach der Etablierung der Kuomintang-Herrschaft Chiang Kai-sheks bemühte sich die nationalchinesische Führung, das nach wie vor bestehende imperiale Joch abzuschütteln und die in den Konflikten mit Japan zutage getretene politisch-militärische Schwäche zu überwinden. Sie strebte engere wirtschaftlich-militärische Verbindungen zu ausländischen Partnern an, wobei ein besonderes Interesse dem militärischen Vorbild Deutschland galt, von dem man sich Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärberatern und Ingenieuren versprach. Diese Bemühungen waren zunächst durchaus erfolgreich. Parallel dazu besuchte eine große Zahl von chinesischen Studenten und Offizieren Deutschland, um hier Natur- und Militärwissenschaft zu studieren. Außerdem beteiligte sich das Deutsche Reich mit der Lieferung von Wirtschaftsgütern an der Industrialisierung Chinas[3].

Als der chinesisch-japanische Krieg 1938 seinen Siedepunkt erreichte, kam es zu einer weiteren Zäsur in den chinesisch-deutschen Beziehungen. Diese hatte ihre Ursache in der sich anbahnenden Kooperation zwischen Japan und dem Deutschen Reich, die die Aufnahme deutscher Vermittlungsbemühungen, die faktische Anerkennung von Mandschukuo durch das Dritte Reich und die Abberufung der deutschen Militärberater sowie die rigorose Einschränkung der Waffenlieferungen nach sich zog[4]. Chiang Kai-shek versuchte dieser Entwicklung entgegenzuwirken, weil das militärisch bedrängte und politisch isolierte China Unterstützung von außen bitter nötig hatte. Er strebte sogar eine weitere Kooperation zwischen Deutschland und Nationalchina an, mit der er die Allianz zwischen Deutschland und Japan zu unterlaufen trachtete.

Doch vergeblich. Die deutschen Wirtschaftsaktivitäten in China kamen seit dem chinesisch-japanischen Krieg zwar nicht zum Erliegen[5], nahmen aber doch spürbar ab. Hinzu kam, daß Deutschland auf Drängen Japans am 1. Juli 1941 die japanhörige Gegenregierung unter Wang Ching-wei als offiziellen Vertreter Chinas anerkannte, ohne die Beziehungen zu Chiang Kai-shek abzubrechen. Dies

---

[2] Der Text des Vertrages ist abgedruckt in: Reichsgesetzblatt 1921, hrsg. im Reichsministerium des Inneren, Berlin 1921, Nr. 71, Gesetz Nr. 8203: Gesetz betreffend die deutsch-chinesischen Vereinbarungen über die Wiederherstellung des Friedenszustandes vom 5. 6. 1921, S. 829–838.

[3] Vgl. Chern Chen, Die Beziehungen zwischen China und Deutschland in den dreißiger Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Perzeptions-, Interessen- und Aktionsstrukturen der nationalchinesischen Regierung, Diss., München 1996, S. 273.

[4] Vgl. ebenda, S. 375.

[5] Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Büro des Chefs der AO: China, Bd. 83, Röhreke an Deutsche Botschaft Shanghai vom 27. 2. 1940.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tat allerdings die Kuomintang-Regierung und ein knappes halbes Jahr danach, im Dezember 1941, erklärte die chinesische Nationalregierung dem Deutschen Reich den Krieg. An der positiven Grundeinstellung Chinas gegenüber Deutschland änderte dies jedoch nichts. Der nationalchinesischen Regierung war mit Rücksicht auf ihre Abhängigkeit von den USA und Großbritannien nichts anderes übrig geblieben, als den Alliierten entgegenzukommen und Deutschland gegenüber wenigstens formell feindlich aufzutreten. Wie nach der ersten Kriegserklärung Chinas an Deutschland im Jahre 1917 folgte auch nach der zweiten im Jahre 1941 keine militärische Aktion, und auch deutsche Privatleute, die in Chungking blieben, sahen sich von chinesischer Seite in keiner Weise behindert[6]. Chiang Kai-sheks Auffassung nach war nur die Führung der NSDAP für die Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen verantwortlich, während die traditionelle chinesisch-deutsche Freundschaft davon unberührt bleiben sollte[7].

Dennoch waren die deutsch-chinesischen Beziehungen nach der chinesischen Kriegserklärung für lange Zeit unterbrochen. Erst 1955 erklärte die im taiwanesischen Exil residierende Republik China den Kriegszustand für beendet. Engere Beziehungen zwischen der dem Westen verpflichteten Bundesrepublik und dem nationalen China waren von Taipeh schon Anfang der fünfziger Jahre gesucht worden. Auch erste Ansätze für eine militärische Zusammenarbeit mit Taipeh gab es schon bald. Den Anfang machten die beiden Militärberater Bodo von Stein und Erich Stölzner, die dem 1938 aus Berlin ergangenen Rückkehrbefehl nicht Folge geleistet hatten, in China verblieben waren und 1949 mit den geschlagenen Koumintang-Truppen nach Taiwan evakuiert und in chinesischen Diensten geblieben waren[8]. Während von Stein im Hauptquartier des Heeres arbeitete, war Stölzner im Marine-Hauptquartier und beim Marine Korps tätig[9].

China im Kalkül der Bundesregierung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war China mit einer Militärmission in Berlin und ab Mai 1947 mit zwei Konsulaten in Hamburg und Stuttgart vertreten, die die Aufgabe hatten, an die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Deutschland anzuknüpfen[10]. Die militärische Niederlage der nationalchinesischen Regierung gegen die Kommunisten 1950 beendete jedoch die außenpoliti-

[6] Militärarchiv des Verteidigungsministeriums Nationalchinas (künftig: MA/VMCh), 063.1 6010, Bericht von Chu Chia-hua an Chiang Kai-shek vom 9. 10. 1945, und Bericht von Wang Shi-chie an Chiang Kai-shek vom 16. 11. 1945.

[7] Vgl. Rede vom 25. 8. 1941, in: Gesammelte Werke der Gedanken und Reden des Präsidenten Chiang Kai-shek, Bd. 35, Taipeh 1966, S. 349.

[8] BA-MA, N 246/14, Nachlaß Alexander von Falkenhausen, Krummacher an Falkenhausen vom 26.2. 1947, und Stölzner an Falkenhausen vom 27. 1. 1949; N 246/16, Martin an Falkenhausen vom 21. 7. 1947.

[9] BA-MA, N 246/16, Stölzner an Falkenhausen vom 6. 3. 1952.

[10] Vgl. Mechthild Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China 1949–1995. Politik – Wirtschaft – Wissenschaft – Kultur, Berlin 1995, Dok. 1: Telegram von Chu Chia-hua an Strewe vom 28. 10. 1949.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Aktivitäten in Deutschland: Die Konsulate wurden aufgelöst, ihre Kompetenzen gingen auf das Generalkonsulat in Paris über[11]. Chiang Kai-shek ließ aber nicht locker. Sein vorrangiges Ziel war es, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzubauen und Bonn zugleich von der Anerkennung der Volksrepublik Chinas abzuhalten, wodurch der Alleinvertretungsanspruch Nationalchinas gewahrt worden wäre. Erste Bemühungen in diese Richtung datieren aus dem Jahr 1951[12], blieben aber ohne Erfolg, weil Bonn sowohl den Avancen der Republik China als auch den Angeboten Taiwans die kalte Schulter zeigte[13]. Die Kontaktversuche Nationalchinas liefen im allgemeinen über die Vertretungen in Paris und Brüssel[14]. Außerdem wurden der alte „Chinafreund" und ehemalige militärische Chefberater bei Chiang Kai-shek, General a. D. Alexander von Falkenhausen, und der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht in diesem Sinne tätig[15]. Vor allem Falkenhausen, der mit vielen Nationalchinesen in Europa in ständiger Verbindung stand, trat als Interessenvertreter Nationalchinas in Bonn auf[16]. Mit ihren Bemühungen, das Interesse für Nationalchina zu wecken, hatten aber weder er, noch Schacht größeren Erfolg[17]. Die nationalchinesischen Bemühungen, die Beziehungen zu erneuern, blieben ohne greifbares Ergebnis[18].

Alle Initiativen zur Wiederaufnahme diplomatischer oder wenigstens konsularischer Beziehungen stießen im Auswärtigen Amt auf deutliche Vorbehalte, die vor allem daraus resultierten, daß Bonn bis 1955 in erster Linie die friedliche Revision des Besatzungsstatuts verfolgte und mit der Integration in das westliche Bündnis die Wiedererlangung der Souveränität anstrebte. Auch danach orientierte sich die westdeutsche Außenpolitik primär an den USA als dem Hauptverbündeten und Garanten der eigenen Sicherheit. Von Bedeutung war auch das Verhältnis zur Sowjetunion, die als Besatzungsmacht im anderen deutschen Staat direkt die Interessen Bonns tangierte, und zu den übrigen europäischen Staaten, wobei die Bundesrepublik zumal die Aussöhnung mit Frankreich im Blick haben

[11] Zuerst wurde das Konsulat in Stuttgart am 11. 11. 1949, dann das in Hamburg am 14. 1. 1950 geschlossen und schließlich die Militärmission im Lauf des Jahres 1950 zurückgezogen.

[12] Vgl. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD) 1951, München 1999, Dok. 94: Generalkonsul Hausenstein an das Auswärtige Amt vom 29. 5. 1951. Seit Anfang der fünfziger Jahre bemühte sich die chinesische Nationalregierung darum, ihre beiden vorübergehend geschlossenen Konsulate in Stuttgart und Hamburg wiederzueröffnen.

[13] Vgl. AAPD 1952, München 2000, Dok. 188: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Etzdorf vom 21. 8. 1952.

[14] MA/VMCh, 0420 2433, Telegramm von Chiang Kai-shek an die Vertretung in Brüssel vom 28.12. 1953; BA-MA, N 246/16, Falkenhausen an Stölzner vom 29. 8. 1951.

[15] Academia Historica, Akten des Präsidenten Chiang Kai-shek (künftig: AH/ACKS), 16879 61, Telegramm von Chiang Kai-shek an Yü Kou-hua vom 17. 7. 1953; BA-MA, N 246/19, Falkenhausen an Admiral Kwei vom 22. 10. 1951.

[16] BA-MA, N 246/16, Falkenhausen an Stölzner vom 29. 8. 1951.

[17] Ebenda, Falkenhausen an Stölzner vom 16. 1. 1952. Ausschließlich auf kulturellem Bereich trug Falkenhausen zur Zulassung chinesischer Studenten zu deutschen Universitäten bei. Dazu siehe auch N 246/19, Schacht an Falkenhausen vom 14. 5. 1958, Fritzsche an Falkenhausen vom 8.10. 1958, und von Bergen an Falkenhausen vom 8. 10. 1958.

[18] BA-MA, N 246/19, Falkenhausen an Chiang Wego vom 5. 10. 1952, und Tuan Mao-lan an Falkenhausen vom 20. 10. 1952.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mußte. In diesem Kontext kam der Chinapolitik eine eher nachrangige Bedeutung zu.

Andererseits wollte sich die Regierung Adenauer aber auch nicht in die brisante Chinafrage hineinziehen lassen, die in den fünfziger Jahren mehrmals die Gefahr einer militärischen Eskalation zwischen der Volksrepublik China und den USA heraufbeschwor[19], die mit Taiwan verbündet waren[20]. Darüber hinaus schien die Bundesregierung zu befürchten, daß die Aufnahme von Beziehungen zu Taipeh die Deutschlandfrage belasten könnte, da dies andere Staaten, die auf der Seite der Volksrepublik Chinas standen, ermutigen könnte, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Damit wäre ein „gefährliches Präjudiz für eine Zwei-Deutschland-Lösung" geschaffen worden[21], weshalb sich Bonn in der Chinafrage im Interesse der Lösung der Deutschlandfrage[22] jeder Parteinahme enthielt. Ab 1963 begann sich jedoch der chinesisch-sowjetische Konflikt[23] auf die deutsche Chinapolitik auszuwirken. Angesichts der vermehrten Annäherungsbemühungen der Volksrepublik Chinas an die Bundesrepublik[24] erschien es Bonn zweckmäßig, Verhandlungen mit Peking über einen Handelsvertrag aufzunehmen und wirtschaftliche Fragen mit politischen zu verknüpfen[25]. Ziel der Bundes-

[19] Vgl. Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 5: Schreiben Kordt an die Botschaft in Paris vom 17. 7. 1952, und Dok. 25: Aufzeichnung des Legationsrats Welczek vom 28.3. 1961.

[20] Vgl. Ministerium für Verteidigung der Republik China (Hrsg.), Dokumentation zu den US-Streitkräften in Nationalchina. Gemeinsame Verteidigung, Taipeh 1981, S. 3–5. Am 2. 12. 1954 unterzeichneten die USA und die Republik China einen gemeinsamen Verteidigungsvertrag, der Taiwan und die südwestlichen Pescadoren-Inseln, aber nicht direkt die Küsteninseln Quemoy und Matsu einbezog.

[21] Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 25: Aufzeichnung des Legationsrats Welczek vom 28. 3. 1961.

[22] BA-MA, N 246/16, Falkenhausen an Stölzner vom 16. 1. 1952.

[23] Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. AAPD 1963, Bd. II, München 1994, Dok. 216, Anm. 23, und Dok. 367, Anm. 26; Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 34: Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 19. 5. 1964; Günter Buchstab (Bearb.), Adenauer: „Stetigkeit in der Politik". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998, S. 319.

[24] Die chinesische Außenpolitik zielte zwar nicht auf eine Entspannung mit dem Westen insgesamt, doch auf eine gewisse Annäherung ab. Dies entsprach völlig Chinas Lage, da es innenpolitische Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Landwirtschaftssektor, aber auch in anderen Bereichen hatte und das Verhältnis zu der Sowjetunion getrübt war.

[25] Seit 1960 hat Wolff von Amerongen, Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, im Auftrag des Auswärtigen Amtes Gespräche mit dem chinesischen Botschafter in Bern geführt. Erst 1964 begannen erste amtliche Sondierungsgespräche zwischen dem chinesischen Geschäftsträger und bundesdeutschen Vertreter des Auswärtigen Amtes in Bern. Alle deutschen Maßnahmen sollten sich vorläufig darauf beschränken, den Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China wieder auf den Stand vor dem Zweiten Weltkrieg zu bringen. Vgl. dazu AAPD 1963, Bd. III, München 1994, Dok. 416: Ministerialdirektor Krapf an das Generalkonsulat in Hongkong vom 15. 11. 1963; AAPD 1964, Bd. I, München 1995, Dok. 143: Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 30. 5. 1964; Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 31 und 32: Protokollnotizen des Generalsekretärs des Ost-Ausschusses vom 25.2. und 9. 4. 1964; Otto Wolff von

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung war es, „Bewegung in die deutsche Frage zu bringen und die Unterstützung Pekings in der Berlinfrage zu gewinnen"[26]. Bonn hoffte, China werde andere kommunistische Staaten beeinflussen und für seine Deutschlandpolitik gewinnen, wodurch sich Moskau veranlaßt sehen könnte, die eigene starre Politik gegenüber dem Westen und insbesondere in der Deutschlandfrage zu überdenken[27].

Die beiderseitigen Annäherungsbemühungen scheiterten aber schließlich daran, daß weder eine Anerkennung Pekings oder Taipehs noch die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu beiden Staaten mit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung vereinbar waren; offizielle Kontakte zu Peking verboten sich wohl auch aus Rücksicht auf die USA[28]. Davon unberührt blieben die Handelsbeziehungen, die sich trotz der politischen Rückschläge so gut entwickelten, daß in deutschen Wirtschaftskreisen große Hoffnungen auf eine Steigerung des deutschen China-Handels blühten. Tatsächlich avancierte die Bundesrepublik bald darauf auch ohne offizielle Beziehungen zum wichtigsten europäischen Handelspartner der Volksrepublik China[29].

Ähnlich lagen die Dinge im Verhältnis zwischen Bonn und Taipeh. Obwohl beide Regierungen das Gefühl der Bedrohung durch einen gemeinsamen ideologischen Feind, also die Frontstellung gegen den Kommunismus, verband, kam es nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wie das 1949 zwischen der Volksrepublik China und der DDR geschehen war. Nationalchina wünschte zwar engere Beziehungen mit der Bundesrepublik, Bonn wich aber nicht von seiner Linie ab und ging auch nicht darauf ein, eine Handelsmission in Frankfurt einzurichten[30]. Dagegen befürwortete die Bundesregierung die Aufnahme und den Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen mit Taiwan[31], solange sie nicht offiziellen Charakter hatten. Infolgedessen gelang es der nationalchinesischen Regierung, eine nichtamtliche Handelsvertretung in Frankfurt und eine halbamtliche Verbindungsstelle – den „Freichina-Informationsdienst" – in Bad

---

Amerongen, Der Weg nach Osten. Vierzig Jahre Brückenbau für die deutsche Wirtschaft, München 1992, S. 267–270.

[26] Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, S. 91.

[27] Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 465: Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert vom 11. 12. 1963.

[28] Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 356: Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 9. 1963; Willy Brandt, Erinnerungen, Berlin 1999, S. 422; Hermann Kusterer, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995, S. 366.

[29] Vgl. Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 102: Handelsstatistik Bundesrepublik – VR China 1949–1993; AAPD 1963, Bd. III, Dok. 465: Aufzeichnung des Legationsrats Wickert vom 11. 12. 1963; AAPD 1964, Bd. I, Dok. 17: Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen vom 21.1. 1964.

[30] Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 399: Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen vom 23. 10. 1963.

[31] BA-MA, N 246/15, Blankenhorn an Falkenhausen vom 8. 10. 1951; vgl. auch Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 25: Aufzeichnung des Legationsrats Welczek vom 28. 3. 1961; AAPD 1963, Bd. II, Dok. 210: Vermerk des Staatssekretärs Carstens vom 24. 6. 1963.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Godesberg zu eröffnen. Die Kontakte zwischen beiden Ländern wurden dadurch aber nicht intensiver, was sicher auch daran lag, daß Taiwan ein industriell zurückgebliebenes Land war, das in puncto Wirtschaftsbeziehungen wenig zu bieten hatte. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern bewegten sich in den fünfziger und sechziger Jahren auf einem bescheidenen Niveau[32], während 1955 immerhin ein Studentenaustausch mit Taiwan begann und 1963 ein deutsches Kulturzentrum in Taipeh eingerichtet wurde[33].

Chiang Kai-shek und die deutschen Berater

Im Kalten Krieg galten sowohl Nationalchina wie die Bundesrepublik als „antikommunistische Vorposten" gegenüber dem kommunistischen Block. Als am 30. Juni 1955 ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den USA über gegenseitige Verteidigungshilfe geschlossen wurde, hoffte die Kuomintang-Regierung erneut auf eine Annäherung zwischen Bonn und Taipeh, weil Nationalchina ein ähnliches Abkommen mit den Amerikanern verband. Entsprechende Avancen blieben nicht aus[34], Verbindungen auf diplomatischer Ebene kamen jedoch wieder nicht zustande. Anders war es auf der Ebene der Geheimdienste, wo der BND unter General Reinhard Gehlen schon Ende der fünfziger Jahre mit den Nationalchinesen zusammenarbeitete[35]. Die Bundesregierung hielt diese Kontakte für überaus wichtig und nützlich[36], denn der nationalchinesische Geheimdienst mit seinem ausgeprägten Antikommunismus erwies sich als sachkundige und effiziente Aufklärungsorganisation, von der man zuverlässige Informationen über die Entwicklung in der Volksrepublik China erhalten konnte. Der BND arbeitete eng mit den entsprechenden Diensten in Taiwan zusammen. Außerdem beteiligte sich Bonn durch den Verkauf von Rüstungsmaterial und Maschinen zur Munitionserzeugung an der Aufrüstung Nationalchinas[37]. Dagegen lehnte das Auswärtige Amt eine Tätigkeit deutscher Berater vor Ort ab[38].

Dennoch verstärkten die geheimdienstlichen Kontakte und Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik bei den Nationalchinesen die Hoffnung auf eine

[32] Vgl. dazu Leutner (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 103: Handelsstatistik Bundesrepublik – Taiwan.

[33] Vgl. ebenda, Dok. 25: Aufzeichnung des Legationsrats Welczek vom 28. 3. 1961, und Dok. 28: Untersuchung des Sinologen Harnisch.

[34] BA-MA, N 246/19, von Bargen an Falkenhausen vom 8. 10. 1958.

[35] Academia Historica, Akten des Präsidenten Chiang Ching-kuo (künftig: AH/ACCK), 3010.82/5044.01-081, Nr.1, Gespräch zwischen Lorenz und Wei Ta-ming vom 20. 3. 1961. Brigadegeneral Lorenz (Klarname: Wolfgang Langkau) war damals der Leiter des Strategischen Dienstes des BND.

[36] Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 410: Gespräche des Bundesministers Schröder mit dem japanischen Außenminister Ohira vom 7./8. 11. 1963, und Dok. 461: Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Butler vom 10. 12. 1963.

[37] Vgl. Lay Ying, Memoirs on Forty Years Ordnance Technology and Management, Taipeh 1999, S. 90.

[38] Vgl. AAPD 1963, Bd. I, München 1994, Dok. 157: Jahn, Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, an Globke, Bundeskanzleramt, vom 30. 4. 1963.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diplomatische Annäherung an die Bundesrepublik. Diese war um so erwünschter, als seit der Niederlage von 1949 die politisch-militärische Schwäche der Nationalregierung nicht mehr zu übersehen war; nur enge wirtschaftlich-militärische Verbindungen mit anderen Staaten, vor allem den USA, konnten diese Schwäche beheben. Auf der Suche nach Hilfe aus dem Ausland geriet auch die wiederbewaffnete Bundesrepublik in das Visier der nationalchinesischen Führung, die sich vor allem am deutschen Militärwesen und an deutschen Militärberatern interessiert zeigte. Schon 1953 hatte durch Vermittlung von Falkenhausen der ehemalige General der Panzertruppe, Geyr von Schweppenburg, den Auftrag von Nationalchina erhalten, ausführliche Ausbildungsunterlagen, besonders im Hinblick auf den Einsatz von Panzertruppen, zusammenzustellen[39]. Dieses besondere Interesse erklärt sich aus der Tatsache, daß Chiang Kai-shek die deutschen Militärberater in den dreißiger Jahren schätzen gelernt und daß seine positive Einstellung zu Deutschland auch durch die Erfahrung des Dritten Reiches nicht gelitten hatte. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland in der Prioritätenliste der nationalchinesischen Außenpolitik keineswegs ganz oben rangierte, wurde sie in Nationalchina nicht nur als industrielles und militärisches Vorbild betrachtet, sondern auch als ein Partner angesehen, der hochwertige, dringend benötige Güter produzierte und auch militärisches Know-how liefern konnte[40].

Ausländische Militärberatergruppen befanden sich schon seit Anfang der fünfziger Jahre in Taiwan. 1951, kurz nach dem Ausbruch des Koreakrieges, wurde auf Grund des im gleichen Jahr abgeschlossenen Beistandspaktes zwischen den Vereinigten Staaten und Nationalchina eine United States Military Assistance and Advisory Group (USMAAG) gegründet[41], die nationalchinesische Truppen auszubilden begann[42]. Chiang Kai-shek war indessen skeptisch, ob die von den

[39] BA-MA, N 246/19, Falkenhausen an Chiang Wego vom 25. 11. 1952. General der Panzertruppe Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg (1886–1974) war Guderians engster Mitarbeiter in der Zeit des Aufbaus der deutschen Panzertruppe 1932–1936 und einer der tüchtigsten Führer der deutschen Panzertruppen im Zweiten Weltkrieg. 1939–1943 war er Kommandeur verschiedener Panzerdivisionen und -korps in Polen, in Frankreich und in Rußland. Seit Herbst 1943 war er als General der Panzertruppe zum Oberbefehlshaber der Panzertruppe West beauftragt und seit Januar 1944 in dieser Stellung bestätigt worden. Nach der Invasion in der Normandie wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Inspekteurs der Panzertruppe beauftragt. Die von Schweppenburg zusammengestellten Ausbildungsunterlagen umfaßten außerdem Ausarbeitungen zu Themen wie „Westerfahrungen über Ausbildung und Einsatz im Kampf gegen Luftlandetruppen", „Organisatorische und ausbildungsmäßige Urteile auf Grund der Kriegserfahrungen", „Der Sanitätsdienst bei der Panzertruppe", „Entwurf einer Tarnvorschrift" usw.

[40] Vgl. AAPD 1952, Dok. 188: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Etzdorf vom 21. 8. 1952.

[41] Vgl. Ministerium für Verteidigung der Republik China (Hrsg.), Dokumentation zu den US-Streitkräften in Nationalchina: Militärberaterschaft, Taipeh 1981, S. 3 f. und S. 263–295. Dieser Beistandspakt wurde 1954 in einen weitgehenden Verteidigungsvertrag erweitert. Am 31. 8. 1965 wurde in Taipeh noch ein bilaterales Abkommen unterzeichnet, das den Status der US-Streitkräfte auf Taiwan festlegte.

[42] Vgl. Lay Ying, Memoirs, S. 45; Chang Li (Bear.), The Reminiscences of Vice Admiral Chih Meng-bing, Taipeh 1998, S. 86 f., und Chang Tsun-wu (Bear.), The Reminiscences of Mr. Chang His-cheh, Taipeh 2000, S. 167. Parallel dazu wurden auch die ehemaligen japanischen Stabsoffi-

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Amerikanern verfolgte Militärstrategie, die vorwiegend auf den massiven Einsatz von Material und Maschinen setzte, das geeignete Konzept für Nationalchina darstellte, dessen Wirtschaftskraft nicht allzu bedeutend war[43]. Außerdem war das Verhältnis zwischen den amerikanischen Beratern und der nationalchinesischen Führung nicht spannungsfrei. Die amerikanischen Militärs griffen nämlich, wie im Zweiten Weltkrieg, in dem es zu einem schweren Konflikt zwischen Chiang Kai-shek und seinem amerikanischen Stabschef Joseph Stilwell gekommen war, immer wieder in nationalchinesische Befehlsbereiche ein[44], was die nationalchinesische Führung ebenso aufbrachte wie der Verzicht der USA auf größere Militäraktionen gegen die Volksrepublik China[45]. Nicht einmal in den sechziger Jahren, als die Wiedereroberung des Festlands in greifbare Nähe gerückt zu sein schien, weil die kommunistische Herrschaft nach Ansicht der nationalchinesischen Führung kurz vor dem Zusammenbruch stand[46] (und daher die nationalchinesischen Truppen immer wieder in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt wurden[47]), war Washington bereit, den Kampf gegen die Kommunisten in der Volksrepublik zu unterstützen[48]. Chiang Kai-shek war sich zwar immer bewußt, daß die Rückeroberung Chinas nur in enger Bindung an die USA verwirklicht werden könnte. Den Weg zur nationalen Wiedervereinigung wollte er aber doch in möglichst großer Unabhängigkeit und Selbständigkeit beschreiten[49].

Um die Abhängigkeit von Washington zu reduzieren, wollte Chiang Kai-shek Militärberater aus anderen Ländern anwerben. Auf der Suche nach Hilfeleistung dieser Art erinnerte man sich in Taiwan an die deutschen Streitkräfte, die sich im

ziere zur Ausbildung der ranghöheren Offiziere der nationalchinesischen Armee in Taiwan eingestellt.

[43] Vgl. Ministerium für Verteidigung der Republik China (Hrsg.), Dokumentation zur Tätigkeit der deutschen Militärberater in Taiwan, Bd. I, Taipeh 1980, S. 217.

[44] Vgl. Wang Shih-chun, Die Laufbahn vom General Chiang Wego, Taipeh 1996, S. 195.

[45] Nach dem Scheitern der Amerikaner 1961 bei dem Versuch einer Invasion in der kubanischen Schweinebucht und den Krisen um Berlin und Kuba 1961/62, hielt sich Washington im Konflikt zwischen China und Taiwan zurück. Anfang Juli 1961 sah sich Kennedy genötigt, bei einer Pressekonferenz darauf hinzuweisen, daß die USA gemäß dem amerikanisch-nationalchinesischen Verteidigungspakt von 1954 zur Hilfe nur im Verteidigungsfall verpflichtet seien. Außerdem ließ er seinen Botschafter, Admiral Kirk, in Taiwan auf Mäßigung drängen. Vgl. dazu Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1961-1963, Vol. XXII: Northeast Asia, Dok. 151: Memorandum of Conversation, 6. 9. 1962.

[46] Gleich zwei Katastrophen waren in den sechziger Jahren über das Land hereingebrochen, nämlich zuerst die „Drei schlimmen Jahre" (1959/1961) mit ihren Hungersnöten und schließlich kündigte im Frühjahr 1966 das Zentralkomitee der chinesischen Kommunisten die „Große Proletarische Kulturrevolution" an. Vgl. dazu FRUS 1961-1963, Vol. XXII, Dok. 116: Memorandum for the Record of a Discussion between Chiang Kai-shek and McCone, 5. 6. 1962, und Dok. 185: Meeting between Bundy and Chiang Ching-kuo, 10. 9. 1963.

[47] Vgl. FRUS 1961–1963, Vol. XXII, Dok. 97: Memorandum for the Record, 31. 3. 1962.

[48] Vgl. ebenda, Dok. 173: Letter from Kennedy to Chiang Kai-shek, 11. 4. 1963, und Dok. 186: Meeting between Kennedy and Chiang Ching-kuo, 11. 9. 1963.

[49] Vgl. ebenda, Dok. 96: Telegram from the Embassy in the Republic of China to the Department of State, 30. 3. 1962.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweiten Weltkrieg als besonders schlagkräftig erwiesen hatten[50]. Im Hinblick auf Moral, Elan und Kampfkraft glaubte man, daß unter den Armeen des zwanzigsten Jahrhunderts keine der Wehrmacht ebenbürtig gewesen sei. Dieses positive Urteil übertrug man auf die Bundeswehr, deren Kampfkraft von der nationalchinesischen Führung ähnlich hoch eingeschätzt wurde wie die der Wehrmacht[51].

Das war der Hauptgrund für Chiang Kai-sheks Wunsch, deutsche Experten für den Aufbau der nationalchinesischen Armee heranzuziehen. Hinzu kam, daß die Bundeswehr, wie das Gros der nationalchinesischen Armee, mit amerikanischen Waffensystemen ausgestattet worden war[52], und nicht vergessen werden sollte, daß Chiang Kai-shek vor dem Zweiten Weltkrieg eine starke deutsche Beratergruppe gehabt und mit dieser offenbar gute Erfahrungen gemacht hatte[53]. Neben Chiang Kai-shek war es vor allem dessen zweiter Sohn Chiang Wego, der die Heranziehung deutscher Offiziere als Militärberater befürwortete. Chiang Wego war Berufssoldat[54], der seine militärische Ausbildung hauptsächlich im nationalsozialistischen Deutschland erhalten hatte und Deutschland deshalb besonders zugetan war[55].

Die Beratergruppe unter General Munzel

Nachdem 1961 der bevollmächtigte Vertreter von Gehlen, Wolfgang Langkau, Taipeh besucht hatte, plante Chiang Wego in Zusammenarbeit mit dem BND, aus hochdekorierten und erfahrenen ehemaligen deutschen Offizieren eine Beratergruppe zu bilden[56]. Der Chefberaterposten war zuerst dem General der Panzertruppe a. D. Walther Wenck (1900–1982)[57] zugedacht. Nach dessen Absage

---

[50] Vgl. Martin van Creveld, Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung 1939–1945, Freiburg i. Br. 1989, S. 203.

[51] Dokumentation zur Tätigkeit der deutschen Militärberater, Bd. I, S. 1 (wie Anm. 43).

[52] Vgl. Heinrich Felix Beckmann, Schild und Schwert. Die Panzertruppe der Bundeswehr, Friedberg/H. 1989, S. 320.

[53] BA-MA, N 447/62, Die Arbeiten der Ming-teh-Gruppe 1963–1975, S. 1.

[54] 1950 wurde Chiang Wego (1916–1997) Kommandeur der Panzerbrigade, und stieg am 1. Juli zum Generalmajor auf. 1958 wurde er zum Kommandeur der Panzertruppe ernannt, an deren Spitze er bis 1963 stand. Am 1. 9. 1963 wurde er Generalleutnant und übernahm die Führung vom „Command and Staff College" des Heeres. Am 16. 8. 1975 erfolgten Chiangs Beförderung zum General. Am 7. 4. 1980 übernahm er die Führung der „Combined Services" und nachdem er 1986 aus dem Militärdienst ausgeschieden war, bekleidete er das Amt des Generalsekretärs im Nationalen Sicherheitsrat.

[55] 1937-1939 hatte Chiang Wego in der Wehrmacht gedient. 1937 trat er als Fahnenjunker in das Gebirgsjägerregiment 98 ein und absolvierte 1939 die Heeresoffizierschule in München, wo er zum Leutnant befördert wurde. Nach dem deutschen Angriff auf Polen rief Chiang Kai-shek seinen Sohn nach China zurück. Seine zweite Frau, mit der er seit 1957 verheiratet war, hatte ein deutsches Elternteil. Vgl. Wang Shih-chun, Die Laufbahn vom General Chiang Wego, S. 70–77, S. 152 und S. 335.

[56] AH/ACCK, Dok. 3010.82/5044.01-081, Nr. 3, Gespräch zwischen Lorenz und Yeh Hsiang-chi vom 22. 3. 1961.

[57] General Wenck war 1944 stellvertretender Chef des Generalstabs des Heeres und Chef der Operationsabteilung und 1945 Oberbefehlshaber der XII. Armee. Nach Kriegsende war er in

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde von deutscher Seite Generalmajor a. D. Oskar Munzel (1899-1992) als Chefberater vorgeschlagen[58]. Munzel schien auch den Erwartungen der Regierung Nationalchinas zu entsprechen. Er hatte in der Reichswehr, in der Wehrmacht und in der Bundeswehr gedient und war als Mitarbeiter Heinz Guderians am Aufbau der deutschen Panzertruppe beteiligt gewesen[59]. Zu Beginn des Rußlandfeldzuges 1941 führte er das Panzerregiment 6 (3. Panzerdivision) in Mittelrußland; 1943/44 war er Kommandeur der Panzertruppenschule I Bergen. Im September 1944 übernahm er die Führung der 14. Panzerdivision, wo er am 1. Dezember 1944 zum Generalmajor aufstieg, ehe er in den letzten Kriegstagen das Kommando der 2. Panzerdivision führte. 1951 bis 1956 wirkte Munzel als Militärberater der ägyptischen Regierung, 1956 wurde er als Brigadegeneral in die Bundeswehr übernommen und zum Kommandeur der Panzertruppenschule Munster-Lager ernannt. Am 1. Januar 1957 wurde er erster Inspekteur der Panzertruppe in der Bundeswehr und 1958 zum Generalmajor befördert, bevor er im April 1962 in den Ruhestand trat. Ein Jahr später befahl Chiang Kai-shek den Aufbau des Verbindungsbüros „Ming-teh", das die Modalitäten zur Anstellung deutscher Militärberater erarbeitete. Dieses Büro unterstand dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Panzertruppe, General Chiang Wego, und diente während der Tätigkeit deutscher Militärberater in Taiwan auch als zentrales Organ, das die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Militärberatern und den chinesischen Ausbildungseinheiten beaufsichtigen sollte[60].

Munzel kam im November 1963 erstmals nach Taiwan, er blieb bis Mai 1964. Bei späteren Arbeitsaufenthalten wurde er stets von militärischem Begleitpersonal unterstützt, das anfangs nur aus BND-Offizieren, später überwiegend aus ehemaligen Wehrmachts- und Bundeswehroffizieren der Panzertruppe bestand. Aus politischen Gründen war die Beratergruppe nur sehr klein. Anfangs waren es lediglich zwei bis drei Offiziere, in späteren Jahren sieben Berater, die Hilfestellung in militärtechnischer Hinsicht gaben und die Ausbildung der nationalchinesischen Armee begleiteten[61].

Um die Arbeit der deutschen Militärexperten geheim zu halten, wurden diese als Dozenten an das Kultur-Kolleg nach Taiwan eingeladen[62]. Als deutscher Chef der „Ming-teh"-Gruppe kam Munzel fast jährlich nach Taiwan[63], er war mit den

der Industrie u.a. Generaldirektor der Firma Dr. Carl Otto & Co. in Bochum und Generaldirektor in der Firma Diehl in Nürnberg. Außerdem war er Berater des Bundespräsidenten Lübke in Wehrfragen. Vgl. BA-MA, N 447/74, Wenck an Munzel vom 19. 4. 1963; AAPD 1963, Bd. I, Dok. 37: Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle vom 21. 1. 1963, Anm. 27.

58 BA-MA, N 447/74, Wenck an Munzel vom 19. 4. 1963.

59 Walther Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945, Augsburg 1995, S. 56 f., S. 94 und S.114.

60 Dokumentation zur Tätigkeit der deutschen Militärberater, Bd. I, S. 2 f. (wie Anm. 43).

61 BA-MA, N 447/62, Die Arbeiten der Ming-teh-Gruppe 1963–1975, S. 1.

62 BA-MA, N 447/90, Chang Chi-yun an Munzel vom 20. 9. 1963. Munzel war zuerst als Gastprofessor am „Department of Military Science of National War College" tätig und wurde dann 1964 als Professor am „Institute of Advanced Chinese Studies" nach Taiwan eingeladen.

63 BA-MA, N 447/90, Chang Chi-yun an Munzel vom 11. 11. 1966, Chang Chi-yun an Munzel vom 27. 11.1967, und Chang Chi-yun an Munzel vom 14. 11. 1968.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen Beratern im „Tatung Guest House" in Taipeh untergebracht und blieb meist vier bis sechs Monate dort. Die deutschen Berater ließen sich bei ihrem Außendienst weder von ideologischen noch von nationalistischen Motiven leiten, sie nahmen die nationalchinesischen Vertragsangebote vor allen Dingen aus wissenschaftlichen oder finanziellen Gründen an. Die Arbeitgeber trugen die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung. Außerdem erhielt jeder Berater, der mindestens Oberstleutnant a. D. war, 3.500 DM monatlich, der Rest 3.000 DM. Die drei Chefs der „Ming-teh"-Gruppe, nämlich Munzel, Paul Jordan und Kurt Kauffmann, bekamen sogar 4.500-5.000 DM pro Monat[64].

Die Beratergruppe unterstand nicht der Aufsicht der einheimischen Militärbehörden, sondern Chiang Kai-shek persönlich, der vor allem an der Ausbildung von Kampftruppen interessiert war. Übersetzungen deutscher Vorschriften sollten den chinesischen Offizieren das notwendige technische Wissen vermitteln. Aus einem Arbeitsprogramm für das „Ming-teh"-Projekt werden die Hauptaufgaben und Ziele der deutschen Berater deutlich[65]:

Arbeitskonzeption:

Einladung des Professors Munzel nochmals nach China zu kommen, um als Berater dem Chef des Generalstabes mit Vorschlägen über militärische Systeme und Leitung der Korps- und Armeeplanspiele für den Aufbau der Streitkräfte und Vorbereitung für den Kriegsfall behilflich zu sein.

Einzelheiten der Arbeit:

die Einzelheiten der Arbeit sind:

a) Professor Munzel wird gebeten, über seine Beobachtungen über die Änderungen der Lage in Europa und der Welt seit seiner Rückkehr nach Deutschland (im Mai 1970) einige Vorträge zu halten.
b) Professor Munzel wird um konkrete Vorschläge über Mobilmachungssysteme und Arbeitsverfahren gebeten, die den hiesigen Verhältnissen entsprechen würden.
c) Professor Munzel wird gebeten, dem Chef des Generalstabes Vorschläge über die Angelegenheiten zu machen, die von den Streitkräften zu berücksichtigen sind.
d) Anlage und Leitung von musterhaften Armee- und Korpsplanspielen und Geländebesprechungen.

Daraus ergibt sich, daß Truppenbesichtigungen und Vorträge zu den wichtigsten Aufgaben des Chefberaters gehörten[66]. Vor allem den Besuchen des Generalstabs kam große Bedeutung zu. Zweck dieser Besuche war zum einen die operative und taktische Schulung älterer Generalstabsoffiziere, die für höhere Aufgaben vorgesehen waren, und zum anderen das Studium bestimmter operativer Pro-

[64] MA/VMCh, 430 6702: Protokolle zum Arbeitsverhältnis vom 20. 5. 1971 und vom 20. 7. 1972.
[65] BA-MA, N 447/89, Grundzüge des Arbeitsprogramms für das Ming-teh-Projekt, 1970.
[66] BA-MA, N 447/90, Chou Shih-fou an Munzel vom 6. 12. 1963, und Cheng Wei-yuan an Munzel vom 20. 4. 1964.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bleme, die die Streitkräfte auch im Ernstfall zu lösen hatten[67]. Im Rahmen des Arbeitsprogramms hat Munzel aber auch Denkschriften wie „Gedanken über die Bildung eines Offizierskorps und seine Erziehung zur einheitlichen Berufsauffassung" und „Gedanken über eine neue Wehrstruktur Nationalchinas" verfaßt und den Nationalchinesen Beiträge über die Entwicklung und technische Organisation der Bundeswehr sowie die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland geliefert[68].

Darüber hinaus kümmerte sich Munzel auch um die Weiterentwicklung eines Ausbildungsprogramms für nationalchinesische Offiziere in Deutschland[69]. Zwischen 1964 und 1972 wurden insgesamt fünfundzwanzig nationalchinesische Heeresoffiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg in einjährigen Generalstabslehrgängen ausgebildet oder in die deutsche Truppe integriert[70]. Nach Auffassung des Bundesverteidigungsministeriums lag die Ausbildung nationalchinesischer Offiziere im deutschen Interesse, weil dadurch das Verhältnis zu Nationalchina positiv beeinflußt werden könne[71]. Die Kosten für die Ausbildung trug das Bundesverteidigungsministerium. Die in der Bundeswehr ausgebildeten nationalchinesischen Offiziere waren nach ihrer Rückkehr meist als Übersetzer oder Verbindungsoffiziere zur deutschen Beratergruppe tätig und erleichterten so die Arbeit der deutschen Berater entscheidend[72].

Munzel war zwischen 1963 und 1972 insgesamt achtmal in Taiwan tätig, wobei er der nationalchinesischen Führung jedesmal ausführliche Abschlußberichte über die militärischen Probleme des Landes erstattete. Chiang Kai-shek interessierte sich vor allem für den Plan einer Neuorganisation der nationalchinesischen Armee, die in den Augen Munzels klein, beweglich und mit hoher Feuerkraft ausgestattet sein sollte, weil nur so eine erfolgreiche Vorneverteidigung möglich war; allerdings mußte dafür die Präsenz, Beweglichkeit und Schlagkraft der Verbände des Heeres erhöht werden[73]. Darauf ging die nationalchinesische Führung aber nicht ein, da sie an der Absicht festhielt, bei geeigneter Gelegenheit auf das Festland überzusetzen und die Wiedervereinigung militärisch zu erzwingen. Aus diesem Grund befanden sich auch Mitte der siebziger Jahre noch rund 530.000 Mann unter Waffen. Erfolgreicher waren die deutschen Berater bei der taktischen Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere. Außerdem wurde ein Versuchsbataillon gemäß den Vorschlägen der deutschen Berater aufgestellt [74].

Trotz der Unterstützung durch Chiang Kai-shek und seinen Sohn hatten die deutschen Berater häufiger Anlaß, über die fehlende Kooperationsbereitschaft der oberen Dienststellen der Armee zu klagen. Bemängelt wurde von deutscher Seite vor allem der Widerstand gegen alle Neuerungen, zumal wenn sie sich

[67] BA-MA, N 447/89, Schlußbesprechung der Generalstabsreise 1972.
[68] BA-MA, N 447/87, 88.
[69] BA-MA, N 447/90, Munzel an OB des Heeres Liu An-chi vom 5. 12. 1964.
[70] Vgl. Wang Yue-che, Die Tätigkeit der deutschen Militärberater, Taipeh 2000, S. 87.
[71] BA-MA, N 447/91, Munzel an Dethleffsen vom 21. 3. 1969.
[72] BA-MA, N 447/62, Die Arbeiten der Ming-teh-Gruppe 1963–1975, S. 1.
[73] MA/VMCh, 430 6702, Schlußbericht der Beratergruppe vom 18. 4. 1975, S. 24 f.
[74] BA-MA, N 447/89, Erfahrungsbericht 1968 von Munzel.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesentlich von den bis dahin gültigen amerikanischen Grundsätzen unterschieden[75]. Außerdem wurde vielen deutschen Beratern die Arbeit durch das ungewohnte tropische Inselklima vergällt, das manchen auch gesundheitliche Probleme bereitete. Munzel teilte Chiang Kai-shek bereits im Jahr 1968 mit, daß er wegen seines schlechten Gesundheitszustands seine Arbeit auf Taiwan beenden wolle; er schlug Generalmajor a. D. Paul Jordan als seinen Nachfolger vor[76].

Die Beratertätigkeit unter General Jordan und General Kauffmann

Jordan unterrichtete schon im Frühjahr 1969 an der nationalchinesischen Kriegsakademie und nahm auch an der militärischen Beratung teil[77]. 1970 trat er als Nachfolger von Munzel den Chefberaterposten an[78]. Jordan war im Zweiten Weltkrieg Generalstabsoffizier und von 1941 bis 1945 in verschiedenen Verwendungen an der Ostfront tätig gewesen. Bei Kriegsende war er Stabschef des V. Armeekorps. 1955 wurde er in die Bundeswehr aufgenommen, er wirkte als Stabsoffizier des III. Korps. 1959 übernahm er die Führung der 13. Panzergrenadierbrigade. Nach seiner Beförderung zum Brigadegeneral wurde er Chef des Stabes des Truppenamtes, eine Tätigkeit, die ihm Einblick in alle Waffengattungen des Heeres ermöglichte. 1965 wurde Jordan zum Generalmajor befördert. 1968 trat er in den Ruhestand. Unter Jordan wurde die Beratungsarbeit in zwei Teile eingeteilt. Bei Teil A handelte es sich um Organisationsfragen auf der Ministeriumsebene[79], strategische Probleme sowie Operationsfragen integrierter Teilstreitkräfte, während Teil B Beratungen über sämtliche Truppen- und Schulausbildungen umfaßte[80].

Im Januar 1973 übernahm Kurt Kauffmann die Führung der deutschen Beratergruppe. Auch er hatte als Offizier der Panzertruppe Kriegserfahrungen. Bei Beginn des Zweiten Weltkriegs war er Kompaniechef und anschließend bis 1940 Adjutant von Guderian, dem Kommandierenden General des XIX. Panzerkorps', gewesen. 1941 nahm Kauffmann als Stabsoffizier der 4. Panzerarmee an der Operation Barbarossa teil. 1943/44 war er zur Generalinspektion der Panzertruppe abkommandiert. Ab 1944 hatte er dann als Erster Generalstabsoffizier (Ia) in der Panzer-Lehrdivision Verwendung gefunden und schließlich bis Kriegsende an der Westfront gekämpft. 1956 wurde er in die Bundeswehr aufgenommen und als Oberstleutnant zum Stabschef der 3. Panzerdivision ernannt. Von 1961 bis 1963 war Kauffmann, nunmehr Oberst, Militärattaché an der deutschen Botschaft in

[75] BA-MA, N 447/62, Die Arbeiten der Ming-teh-Gruppe 1963–1975, S. 1.
[76] BA-MA, N 447/90, Munzel an Chiang Kai-shek vom 20. 5. 1968.
[77] BA-MA, N 447/66, Ming-teh-Beratergruppe vom 27. 1. 1969.
[78] MA/VMCh, 430 6702, Verbindungsbüro der Ming-teh-Gruppe an OKH vom 8. 6. 1971; Gespräch zwischen Chiang Wego und Munzel vom 29. 4. 1971, in: Dokumentation zur Tätigkeit der deutschen Militärberater, Bd. I, S. 281 f. (wie Anm. 43).
[79] MA/VMCh, 430 6702: Gespräch zwischen Chiang Kai-shek und Munzel vom 21. 5. 1968; AH/ACKS, 3010.82/5044.01-005, Nr. 53, Chiang Kai-sheks Anweisung zum Gespräch mit dem General von Hobe vom 17. 3. 1970.
[80] BA-MA, N 447/90, Chiang Wego an Munzel vom 15. 10. 1969.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ankara. Anschließend übernahm er den Befehl über die 2. Panzergrenadierbrigade in Braunschweig. 1965 erfolgte die Beförderung zum Brigadegeneral. Von 1966 bis 1971 war Kauffmann schließlich Kommandeur der Heeresfliegertruppe und deren Waffeninspizient.

Die Kauffmann unterstellten sieben Berater, die sogenannte Gruppe „Kauffmann", waren an vier Orten im Einsatz: Eine blieb mit Kauffmann in Taipeh, eine wurde nach Südtaiwan abkommandiert, die dritte befand sich im Südwesten, und die vierte war im Gebirge eingesetzt[81]. Die Hauptaufgaben dieser Beratergruppen bestanden darin, die nationalchinesischen Offiziere und die Truppen mit der fortgeschrittenen Waffentechnik vertraut zu machen[82]. Die Gruppe „Kauffmann", die bis 1975 in Taiwan arbeitete, blieb jeweils von Januar bis Mai im Land[83].

Die nationalchinesische Regierung erhoffte sich von den Deutschen stärkere Unterstützung, und sie versuchte auch mehr eigene Offiziere für längere Zeit zur Ausbildung nach Deutschland zu schicken[84]. Chiang Kai-shek arbeitete konsequent und mit Geduld darauf hin, die Beziehungen zur Bundesrepublik auf wirtschaftlichem, aber auch auf politischem Gebiet auszubauen[85] – mit mäßigem Erfolg: Die Bundesregierung gab der Republik China immer wieder zu verstehen, daß sie nicht mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder ähnlicher offizieller Kontakte rechnen könne[86]. Auch wiederholte Versuche von Abgeordneten des Bundestags, die Handelsbeziehungen zu intensivieren, blieben erfolglos[87]. Nach Bildung der Großen Koalition 1966 wurde Bonn noch zurückhaltender. Nun unterließ man alles, was das Verhältnis zur Volksrepublik China hätte belasten können[88].

---

[81] BA-MA, N 447/91, Wang Yue-che an Munzel vom 24. 1. 1973. Die deutschen Berater waren an die Infanterie-, Artillerie-, Panzertruppen-, Heeresstabschulen und Gebirgstruppen sowie Luftschutz abkommandiert.

[82] Vgl. Memoirs on Mountain Operation Training, in: United Daily News vom 17. 5. 1998, S. 39.

[83] BA-MA, N 447/91, Chiang Wego an Munzel vom 10. 5. 1973.

[84] Ebenda, Chiang Wego an Munzel vom 26. 6. 1972.

[85] MA/VMCh, 430 6702, Perspektive zur Weiterentwicklung der Arbeiten der Ming-teh-Gruppe vom Mai 1975, S. 3.

[86] Vgl. AAPD 1966, Bd. I, München 1997, Dok. 21: Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 27. 1. 1966.

[87] Vgl. AAPD 1964, Bd. I, Dok. 153: Gespräch zwischen Schröder und Couve de Murville vom 8. 6. 1964; 1966, Bd. I, Dok. 22: Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. 1. 1966, Anm. 2; Leutner (Hrsg.) Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 40: Gespräche Hansen mit Cui Jiyuan. Im Bundestag gab es eine Reihe von Abgeordneten, die Nationalchina große Sympathie entgegenbrachten. Beispielsweise sprach sich der CDU-Abgeordnete Ernst Majonica (1920–1997), der 1957 Mitbegründer der taiwanorientierten Deutsch-Chinesischen Gesellschaft war, wiederholt für eine Intensivierung der politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zur Republik China aus. Selbst der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß besuchte im November 1964 den Inselstaat und sprach sich für den Austausch von Handelsmissionen zwischen Bonn und Taipeh aus. Am 11. 1. 1966 beschloß der Außenpolitische Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion einstimmig, der Republik China die Aufnahme amtlicher Beziehungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in Bonn und Taipeh vorzuschlagen.

[88] BA-MA, N 447/90, Herz an Munzel vom 14. 1. 1969; AAPD 1966, Bd. I, Dok. 22: Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf vom 27. 1. 1966.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Schatten der Entspannungspolitik

1969 bahnte sich eine dramatische Wende an, als der amerikanische Präsident Nixon in Guam seine „Doktrin" verkündete, der zufolge die USA in Asien künftig nicht mehr den Polizisten spielen, sondern die Lösung der regionalen Konflikte den asiatischen Staaten selbst überlassen wollten[89]. Washington gab damit auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs – wenigstens theoretisch – seine Interventionspolitik auf[90]. Als die USA im Zuge der Entspannungspolitik gegenüber Peking die Patrouillen der siebten US-Flotte in der Formosastraße einstellten, löste dies in der Republik China Bestürzung aus. Die Nationalregierung drängte im Februar 1970 auf eine Zusicherung Washingtons, daß diese Entscheidung die amerikanische Ostasien-Option nicht gefährden dürfe[91].

Gleichwohl verschlechterte sich die Lage Nationalchinas noch weiter, als Washington 1971 das inzwischen 21 Jahre alte Handelsembargo gegen die Volksrepublik aufhob und die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zu Peking signalisierte. Nur ein halbes Jahr später erzielte die Volksrepublik weitere Positionsvorteile, als sie in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Obwohl die nationalchinesische Regierung seit 1972, vor allem seit dem Nixon-Besuch in der Volksrepublik China[92], in den USA keinen zuverlässigen Partner und Waffenlieferanten mehr sah, legte Taipeh natürlich weiterhin größten Wert auf die Unterstützung durch die USA, da nur so die außenpolitischen Ziele eine – wenn auch minimale – Realisierungschance besaßen[93].

Zu jener Zeit hatte Chiang Kai-shek schon erkannt, daß bloßer Antikommunismus keine tragfähige Grundlage für ein solides Bündnis mit den USA bilden konnte[94]. Er versuchte daher, die Amerikaner durch Hinweise auf die deutschen Militärberater für eine stärkere Unterstützung der eigenen Anliegen zu gewin-

---

[89] Siehe dazu Public Papers of Richard Nixon. Containing the public messages, speeches and statements of the president 1969–1970, Washington 1971, S. 548–549, Informal Remarks in Guam with Newsmen, 25. 7. 1969.

[90] Im gleichen Jahr erreichten auch die Spannungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China entlang der 6.500 Kilometer langen gemeinsamen Grenze ihren vorläufigen Höhepunkt, und am 2. und 15.3. eskalierten sie in bewaffneten Zwischenfällen am Grenzfluß Ussuri. Daraus ergab sich für die Vereinigten Staaten eine ungewöhnlich günstige Konstellation, die die Voraussetzungen nicht nur für die Liquidation der südostasiatischen Verbindlichkeiten, sondern weit darüber hinaus für eine Neugestaltung der amerikanischen Asien-Politik schufen.

[91] Vgl. dazu AH/ACKS, 3010.82/5044.01-074, Nr. 1, Chiang Kai-shek an Nixon vom 16. 11. 1969.

[92] Der Besuch Nixons in der Volksrepublik China vom 21. bis 28. 2. 1972 endete mit dem bekannten Shanghai-Kommunique, das am 28. 2. 1972 von Nixon und Chou Enlai unterzeichnet wurde und in dem es unter anderem hieß, alle amerikanischen Kräfte und militärischen Einrichtungen müssen aus Taiwan stufenweise abgezogen werden. Vgl. William B. Bader/Jeffrey T. Bergner (Hrsg.), The Taiwan Relations Act. A Decade of Implementation, Indianapolis 1989, S. 156.

[93] MA/VMCh, 430 6702, Perspektive zur Weiterentwicklung der Arbeiten der Ming-teh-Gruppe vom Mai 1975, S. 3.

[94] MA/VMCh, 430 6702, Gespräch zwischen Chiang Kai-shek und Munzel vom 18. 3. 1971.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen[95]. Diese Taktik hatte jedoch keinen Erfolg, da Washington gegen die Tätigkeit der deutschen Militärberater nichts einzuwenden hatte und hierin keinen Widerspruch zur eigenen Chinapolitik zu erkennen vermochte. Im übrigen folgte die Bundesregierung 1972 dem von den Amerikanern eingeschlagenen Kurs einer neuen Chinapolitik, als sie mit Peking die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarte.

Diese Entwicklung mußte auch Taiwans Verhältnis zur Bundesrepublik beeinflussen. Als Nationalchina 1969 die inoffizielle Zusammenarbeit im militärischen Bereich erweitern wollte, entschied das Bundesverteidigungsministerium, die Zahl der Ausbildungsstellen für die nationalchinesischen Offiziere in der Führungsakademie einzuschränken. In Taiwan war man über diese Entscheidung überaus enttäuscht – und zog Konsequenzen: Der BND hatte es nun schwerer[96], 1972 wurde der Etat der Beratergruppe von Taipeh reduziert[97]. Außerdem war festzustellen, daß die Arbeit der Beratergruppe auf immer größere Schwierigkeiten traf, die von der obersten militärischen Spitze ausgingen[98]. Dies hatte bereits Munzel mehrfach angedeutet, beispielsweise als er 1969 feststellte: „Die Schwierigkeit in Taiwan, die seine Arbeit so erschwert, sei die Abneigung der Spitze des Verteidigungsministeriums, Kritik anzunehmen."[99] Der Hauptwiderstand resultierte jedoch nicht aus Zweifeln an den Vorschlägen der deutschen Berater, sondern aus einem recht stark ausgeprägten Beharrungsvermögen, das es der obersten Spitze auch erschwerte, die unterschiedlichen Methoden – deutsche und amerikanische – fachlich richtig einzuschätzen[100]. Es schien ihnen schwerzufallen, den ihrer eigenen Mentalität entsprechenden richtigen Weg zu finden[101]. Außerdem konnte die oberste militärische Führung den Einfluß der Amerikaner nicht überwinden, von denen die nationalchinesische Armee waffenmäßig und logistisch abhängig war, auch wenn Taiwan mit allen Mitteln danach strebte, besonders auf dem Gebiet der Munitionserzeugung, diese Abhängigkeit zu mildern[102].

Nach der diplomatischen Anerkennung Pekings 1972 ließ Bonn das laufende Ausbildungsprogramm für nationalchinesische Offiziere unterbrechen. Die nationalchinesische Regierung zeigte sich darüber mehr als enttäuscht, brachte aber dennoch den Wunsch nach Weiterführung des Ausbildungsprogramms zum Ausdruck[103]. Nach dem Tod von Chiang Kai-shek 1975 war aber auch das Engagement deutscher Berater in Taiwan zu Ende; das Verbindungsbüro „Ming-teh"

---

95 BA-MA, N 447/62, Die Arbeiten der Ming-teh-Gruppe 1963–1975, S. 2.

96 BA-MA, N 447/62, Munzel an Herz vom 15. 1. 1969, und Herz an Munzel vom 30. 1. 1969.

97 BA-MA, N 447/91, Chiang Wego an Munzel vom 26. 6. 1972, und Chiang Wego an Munzel vom 4.10. 1972.

98 BA-MA, N 447/89, Erfahrungsbericht 1968 von Munzel; N 447/91, Rudolf Krüger an Munzel vom 17. 6. 1972.

99 BA-MA, N 447/91, Munzel an Dethleffsen vom 21. 3. 1969.

100 BA-MA, N 447/89, Erfahrungsbericht 1968 von Munzel.

101 Ebenda, Notiz von Munzel, o. Datum.

102 Ebenda, Erfahrungsbericht 1968 von Munzel.

103 Vgl. Leutner (Hrsg.) Bundesrepublik Deutschland und China, Dok. 57: Bericht des Verteidigungsattachés Odendahl (Seoul) an das Bundesverteidigungsministerium vom 12. 4. 1973.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde Ende 1975 aufgelöst[104]. Auch alle von deutschen Beratern gemachten Vorschläge zur neuen Struktur der Armee wurden ad acta gelegt.

Der Abbruch der zwölfjährigen inoffiziellen Zusammenarbeit bedeutete das Scheitern des ständigen Bemühens Nationalchinas um eine Verbesserung des Verhältnisses zu Bonn. Die Gründe dafür sind in den von Beginn an nicht zu vereinbarenden Zielvorstellungen beider Seiten zu suchen: Bonn wollte lediglich einen geheimdienstlichen Informationsaustausch und reine Handelsbeziehungen, Taipeh eine militärische Zusammenarbeit als Vorstufe zu engeren politisch-wirtschaftlichen Beziehungen. Obwohl offizielle Beziehungen zwischen Taipeh und Bonn bis heute noch nicht aufgenommen worden sind, blieben die persönlichen Kontakte zwischen den deutschen Beratern und den nationalchinesischen Offizieren erhalten[105]. Die deutschen Berater zählten zu den ganz wenigen Ausländern, die im Kalten Krieg in Nationalchina einen guten Namen hatten.

[104] BA-MA, N 447/91, Chiang Wego an Munzel vom 15. 11. 1976.

[105] Ebenda, Chiang Wego an Munzel vom 21. 8. 1981, Chiang Wego an Munzel vom 5.2. 1983, und Chiang Wego an Munzel vom 27. 2. 1985.

Jahrgang 51 (2003), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vf Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte